

Archiv

Vorstand des Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands Bonn

15



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/63 - 16. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 800

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das Wort hat die CDU/CSU

75

Weitere Klarstellung zu Dr. Dehlers Äußerungen notwendig

Von Wolfgang Jansen

3

Entwicklungshilfe - aber wie?

40

Eine beachtliche Stellungnahme von
Bundestagspräsident Dr. Egon Gerstermaier

4 - 5

Der Staat muß ein Kulturstaat sein!

77

Zur Kulturdebatte im Bundestag

6 - 7

150.000 junge Flüchtlinge ohne Berufsausbildung
Opfer einer falschen und unmenschlichen Politik

60

Von Bruno Kuster, Genf

8 - 9

Vor einem neuen Mittelmeerpakt?

68

Französische Pläne nach dem Frieden in Algerien

Von * * *

* * * *

* * *

Verantwortlich: Günter Karkaschewski

16. März 1962

Das Wort hat die CDU/CSU

Weitere Klarstellung zu Dr. Dehlers Äußerungen notwendig

Von Wolfgang Jansen

Die CDU/CSU will sich Anfang der kommenden Woche über ihre Haltung zu den unstrittigen Äußerungen des Bundestagsvizepräsidenten und FDP-Abgeordneten Dr. Thomas Dehler klar werden. Ihr Fraktionsgeschäftsführer Rasner wollte Mittwoch im Ältestenrat Pressemitteilungen über den Verlauf der Fraktionssitzung weder bestätigen noch dementieren. Offenbar ist über den Plan, Dehler vom Stuhl des Bundestagsvizepräsidenten zu entfernen, noch nicht das letzte Wort gesprochen. Das ist gut so.

Denn bei nüchterner Betrachtung kann sich die CDU/CSU an dieser Vizepräsidentenfront nur eine Schlappe holen. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages bestimmt eindeutig: "Der Bundestag wählt ... den Präsidenten und seine Stellvertreter für die Dauer der Wahlperiode des Deutschen Bundestages." Der anerkannte Kommentator von Rätzl-Koch erläutert dazu: "Ein Misstrauensvotum gegen den Bundestagspräsidenten ist unzulässig." Davon abgesehen aber würde die Abberufung wegen seiner Äußerungen auch im Widerspruch zu diversen Artikeln des Grundgesetzes stehen, so Art. 3 Abs. 3, Art. 5 und Art. 46.

Auf diesen letztgenannten Artikel hat bereits Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hingewiesen und damit das Problem auf die richtige Ebene zurückgebracht. Denn im Grunde ist es uninteressant, ob ein den Regierungsparteien angehörender bekannter Politiker, der anfechtbare politische Äußerungen tut, zufällig auch einer der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten ist. Darauf abzustellen heißt, das Problem auf ein Nebengleis abschieben.

Die am meisten beanstandete Äußerung, die über den "Dreißigjährigen Krieg", hat Dr. Dehler inzwischen interpretiert, nicht ohne zugleich seine übrigen Auffassungen bekräftigt zu haben. Seine Fraktion hat diese seine Erklärung "mit Befriedigung zur Kenntnis genommen" und sich damit praktisch hinter ihn gestellt.

Man mag zu Dr. Dehlers Äußerungen stehen wie man will. Für die Bundesrepublik aber ist allein interessant, wie weit gegewärtig die deutsche Außenpolitik eine parlamentarische Basis in der Koalition hat. Klammern wir also den "Dreißigjährigen Krieg" aus, so stehen folgende Erklärungen im Raum:

1. Die Vorstellungen, die Dr. Adenauer in seinem Interview mit "Le Monde" geäußert hat, sind anders als das, "was wir bei Begründung der Koalition eigentlich festgelegt haben."

2. Dr. Adenauer "hat ja beinahe die Sorge, es könnte etwas zustande kommen, denn er möchte fast diese Genfer Konferenz krank- oder todbeten, auf jeden Fall nicht gesundeten."

3. "Ein wiedervereinigtes Deutschland ... kann nicht fremde Truppen auf seinem Boden haben. Auf der anderen Seite verlangt ein wiedervereinigtes Deutschland Sicherheit. Also verhandeln wir darüber ... ein Bündnisystem anderer Art, verbunden mit dem Verzicht auf atomare Waffen, auf ABC-Waffen überhaupt."

4. "In dem Interview, das der Bundeskanzler am letzten Montag der "Le Monde" gegeben hat, lehnt er Verhandlungen mit der Sowjetunion ab ... Er sagte, schon der Herr Thompson und der Herr Gromyko haben noch nichts erreicht; wenn schon die Vereinigten Staaten nichts erreichen, dann werden wir doch noch weniger erzielen können. Das ist vollkommen unrichtig ..."

5. "Es ist natürlich schwer von einem 86-jährigen Mann, daß er sich wandelt und ändert in seinen Auffassungen."

6. "Zu glauben, daß die Westalliierten die deutsche Frage als eine brennende Aufgabe empfinden, ist eine Illusion."

7. "Für ihn (Adenauer) ist diese Bundesrepublik... zumindest ein temporisiertes Ziel, das er sich für sein Leben gesetzt hat."

8. "Berlin ist für ihn (Adenauer) keine vordringliche Sorge."

9. "Wir haben doch Hitler nicht überwunden. Beinahe die gleichen Tiraden setzen wir fort... Statt zu sagen, dort ist eine reale Macht, mit der man eben handeln muß. Sie ist bolschewistisch."

10. "Das, was wir tun, ist völlig steril, denn wir tun nichts."

11. "Adenauer hat bei seinem Besuch in Washington im November vorigen Jahres erreicht, daß die Ansätze, die in der Umgebung von Kennedy vorhanden waren, die Frage der Sicherheit einzubeziehen, wieder - beinahe möchte ich sagen - abgetötet wurden."

12. "Also Ausweitung der Verhandlungsthemen. Deutschland und Sicherheit und atomfreie Zone selbstverständlich."

Es kommt jetzt nicht darauf an, ob und welche dieser Thesen zu Recht oder zu Unrecht bestehen. Nachdem die FDP - deren Umfalleit nach eigener Auffassung erfüllt ist - Bekkers Auffassungen "mit Befriedigung zur Kenntnis" genommen hat, ist es an der CDU/CSU, festzustellen, ob dieses Dutzend Thesen Gemeingut der Koalition ist oder nicht. Diese Feststellung ist im Interesse der Glaubwürdigkeit deutscher Politik vonnöten. Die CDU/CSU sollte nicht säumen, diese Klarstellung in ihrer nächsten Sitzung vorzunehmen.

Entwicklungshilfe - aber wie ?

Eine beachtliche Stellungnahme von Bundestagspräsident
Dr. Eugen Gerstenmaier

G.M. - Es ist kein Geheimnis, daß man nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in ganzen Westen gewisse Revisionen technischer und psychologischer Art bei der Entwicklungshilfe für Afrika, Lateinamerika und Asien für notwendig hält. Überall macht sich zur Zeit der Mangel an Koordination bemerkbar, und in mehreren Fällen befürchtet man mit Recht, daß Ungeschicklichkeiten und mitunter sogar Gedankenlosigkeit Ergebnisse zeitigen, die weder für uns noch für die Empfänger der Entwicklungshilfe wünschenswert sind.

Zu diesem Thema hat Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier kürzlich in Stuttgart nach einer Afrikareise beachtliche Ausführungen gemacht, die - obwohl sie von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) verbreitet wurden - in kaum einer deutschen Zeitung ihrer Niederschlag fanden.

Bundestagspräsident Gerstenmaier warnte (lt. dpa) vor mehreren hundert Lehrern Stuttgarter Volks-, Mittel- und Oberschulen davor,

"die Entwicklungsländer nach Erreichen ihrer Unabhängigkeit etwa in den Machtblock des Westens einbeziehen zu wollen. Der beste Schutz gegen kommunistische Einflüsse sei die Unabhängigkeit dieser Staaten selbst, denn die Pläne Moskaus gedeihen nur bei Völkern in ungesicherter Situation. Der Westen sollte es nach Ansicht Gerstenmaiers auch unbedingt vermeiden, sich mit einem Satellitenkranz zu umgeben. Viel wichtiger sei es, unabhängige Staaten zu schaffen, die in der Lage seien, sich aus eigener Einsicht gegen östliche Einflüsse zu wehren. Als ein sinnloses Unterfangen bezeichnete der Bundestagspräsident den Versuch, die eigene Wirtschaftsstruktur in die Entwicklungsländer zu verpflanzen, zumal dort der Staat der einzige Partner sei, mit dem überhaupt Kontakt aufgenommen werden könne. Der daraus zwangsläufig resultierende Staatssozialismus könne jedoch niemals als ein erster Schritt nach Moskau gewertet werden."

Diese Erkenntnisse und Warnungen des Bundestagspräsidenten mögen für manchen "Entwicklungshelfer" un bequem sein; sie mußten jedoch ausgesprochen werden, da nach der ersten Zeit der gewonnenen Freiheit besonders viele afrikanische Staaten jetzt selbst beginnen, die von Dr. Gerstenmaier angedeuteten Notwendigkeiten beim Entwicklungshilfeverfahren in gesetzliche Maßnahmen u.ä. einzufügen.

Es ist nur zu hoffen, daß alle entscheidenden Stellen dem Appell Gerstenmaiers zur Kenntnis nehmen, auch wenn dieser leider nicht in der großen deutschen Presse seinen Niederschlag gefunden hat.

Der Staat muß ein Kulturstaat sein !

Pöt. - Das wäre nun die letzte Möglichkeit für alle, denen noch immer nicht aufgegangen ist, was "Kulturpolitik" heute tatsächlich bedeutet, sich in das Gestrüpp verfassungsrechtlicher Kompetenzsubtilitäten zurückzuziehen. Dort könnte man noch jahrelang herumkrabbeln und den großen Entscheidungen weiterhin ausweichen. Natürlich sind die verfassungsrechtlichen Fragen höchst wichtig. Das erhellt nicht zuletzt daraus, daß die drei Großen Anfragen zur Kulturpolitik im Bundestag an eine Instanz gerichtet waren, die verfassungsrechtlich nur teilzuständig ist. Aber es kommt doch alles darauf an, in welchem Geist man an diese Dinge herangeht, ob man sie bewältigen und vorwärtskommen oder ob man sie als Ugelstellung benutzen will.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Lohmar hat die beiden Verhaltensweisen charakterisiert, um die es geht. Die eine wurde von ihm selber und seiner Fraktionskollegen repräsentiert, auf keinen Fall hinter der Dynamik der modernen Welt zurückzubleiben. Die andere stellte er dar, indem er einen Staatssekretär zitierte, der schlicht der Auffassung ist, der Staat soll die Schulen überhaupt nicht mehr finanzieren. Mit Recht sagte Lohmar, daß dies der sicherste Weg dazu sei, eine Nation zu zerstören.

Lohmar hat eindringlich vor einem "neuen Kulturkampf" mit umgekehrtem Vorzeichen" gewarnt. Das ist heute sicherlich nötig. Zum Glück hat allerdings der Ausgang der kulturpolitischen Bundestagedebatte bewiesen, daß, wie in anderen so auch in dieser politischen Frage, mehr als verbale Einmütigkeit zwischen den Parteien möglich ist. Nur sollte nie vergessen werden, daß diese Debatte wie andere ihrer Art in der Vergangenheit nur zustande kam wegen des jahrelangen fortgesetzten Drängens der SPD. Bei den einzelnen debattierten Themen zeigte sich ganz deutlich, wer vorwärts will und wer brast - so wie es früher war, als es noch kein Honnefer Modell zur Studienförderung, als es noch keinen Wissenschafterrat gab, usw.

Es sind nun schon eine ganze Reihe bedeutender kulturfördernder Institutionen entstanden als Konzession an das sozialdemokratische Drängen entstanden. Die sozialdemokratische Politik hat das geschaffen, was an der Kulturpolitik der Bundesrepublik zeitgemäß ist. Es besteht begründete Aussicht dafür, daß auch diejenigen sozialdemokratischen Vorschläge, die jetzt gemacht wurden, nach und nach politisch und institutionell zu Tatsachen und schließlich zu Selbstverständlichkeiten werden. Für den

Augenblick allerdings lehnen die christlichen Demokraten einen doch so bitter notwendigen deutschen Kultur- und Bildungsplan ab und sagen "Hein" zu dem Kulturrat, der - aus 25 unabhängigen Persönlichkeiten gebildet - die großen Linien der deutschen Kulturpolitik dem Volk, den Ländern und ihren Parlamenten deutlich machen soll.

Dabei wäre doch ein Kulturrat nur die logische Konsequenz aus den positiven Erfahrungen, die mit dem Wissenschaftsrat gemacht werden konnten, nur daß eben der Kulturrat für den ganzen Bereich des Bildungswesens "zuständig" wäre. Lehmar hat im Verlauf der Debatte das in Frankreich häufig zitierte Wort von denen abgewandelt, die zwar herrschen, aber nicht regieren - und die vor allem nicht kooperieren wollen. Sie werden es aber müssen, weil sich die Notwendigkeit dazu aufdrängt.

Der CDU-Abgeordnete Süsterhenn hat gemeint, es sei nicht die Aufgabe des Staates, Kultur zu machen. Dieser Satz wird in gewissen Kreisen schmunzelnde Zufriedenheit auslösen. Aber dieser doppelstimmige Satz ist eine Ungeheuerlichkeit. Alltäglich dürfte ein Primaner wissen, daß ein Staat keine Kultur "machen" kann. Nur begreift jeder Schlosserlehrling, der Zeitungen liest, daß jetzt die großen Staaten dieser Erde früher nie geahnte Anstrengungen unternahmen, um einander durch rasche und weit ausgreifende Fortschritte auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens zu übertreffen.

Dr. Martin von der CDU hat nicht ohne Mut darauf hingewiesen, daß es heute möglich ist, die Bedürfnisse eines Volkes auf lange Zeit voranzuberechnen und hat vorausschauendes Denken verlangt. Wem sagen Sie das, Dr. Martin, wenn nicht einem beträchtlichen Teil Ihrer Fraktions-Kollegen? Dr. Martin hat die Edding'schen Zahlen genannt, nach denen es 1980 in unserer Bundesrepublik wahrscheinlich 360 000 Studenten geben wird, so daß also weitaus mehr Universitäten nötig sind, als sie der Wissenschaftsrat gegenwärtig vorsieht. Das ist aber nur ein Teilstück der Kulturpolitik. Wenn es uns in den kommenden Jahren nicht gelingt, in beträchtlicher Weise das Bildungs- und fachliche Niveau unserer jungen Menschen zu heben, dann sieht es sehr trübe aus. Ein Absinken würde das deutsche Volk materiell zu büßen haben und geistig-kulturell. Schreckt solche Perspektive einen Dr. Süsterhenn nicht, der offenbar, statt ihr mit staatlicher Hilfe eine Grundlage zu geben, die Kultur privatisieren will?

150 000 junge Flüchtlinge ohne Berufsausbildung

Von Bruno Kuster, Genf

Im Mittleren Osten leben Hunderttausende von Palästina-Flüchtlingen, seit dreizehn Jahren von der internationalen Wohltätigkeit, weil es den Staatsmännern immer noch nicht gelungen ist, sich auf einen Kompromiss zu einigen. So vegetieren die Flüchtlinge eben als Abfälle der Politik dahin, in Lagern und behelfsmässigen Behausungen. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge, die UNRWA, sorgt für ihren Lebensunterhalt, bis irgendwann einmal eine politische Lösung gefunden wird.

Über eine Million Flüchtlinge sind in den Listen der UNRWA eingetragen; ihre Zahl nimmt infolge des Geburtenüberschusses jährlich um 30 000 zu. Heute besteht die Hälfte der Flüchtlinge aus Jugendlichen unter achtzehn Jahren. Drei von fünf Flüchtlingen wurden in den Lagern zu Erwachsenen. Jährlich vergrössert sich das Heer der Beschäftigungslosen um weitere 30 000 junge Menschen, die keine Zukunft vor sich haben.

Reisender Bittsteller

Der Direktor der UNRWA, Dr. J.E. Davis, bereist gegenwärtig verschiedene europäische Länder, um die Regierungen zu bitten, die Berufsausbildung der Jugendlichen mit freiwilligen Beiträgen zu unterstützen. Eine gute Berufsausbildung bietet wenigstens einem Teil des jungen Flüchtlingsvolkes eine Chance, in den mittelöstlichen arabischen Ländern Arbeit zu finden. Tatsächlich sind die wirtschaftlichen Aussichten für diese Leute ausserordentlich begrenzt, denn ihre Gastländer (Jordanien, Libanon, Ägypten, Syrien) haben inzwischen schon einen ständig zunehmenden Überfluss an unqualifizierten Arbeitskräften für die Landwirtschaft und die Industrie. Wie sollten da die der Arbeit ungewohnten Flüchtlinge unterschlupfen können?

Dr. Davis weist darauf hin, dass die 150 000 jungen Menschen, die in den letzten Jahren im Exil volljährig wurden, wahrscheinlich für immer die Gelegenheit verpasst haben, einen Beruf zu erlernen. Nicht, dass

16. März 1962

sie dazu geistig unfähig wären, das Unterlassene später einmal noch nachzuholen. Aber es fehlt ganz einfach an Bildungsstätten.

Schulen und Fachschulen notwendig

Die UNRWA hat Geshalt schon in der Vergangenheit grosse Anstrengungen unternommen, um den Kindern wenigstens einen Primarschulunterricht vermitteln zu können. Später kamen eine Lehrerbildungsanstalt und einige Fachschulen hinzu. Damit konnte aber nur einem kleinen Bruchteil der Jugendlichen eine Berufsbildung vermittelt werden, so dass sich die UNRWA veranlassen sah, einen Dreijahresplan auszuarbeiten, der vorsieht, jährlich 2 500 Jugendlichen eine Fachschulung zu vermitteln gegenüber nur 300 im Jahre 1960. Zu diesem Zwecke müssen zahlreiche weitere Berufsschulen gebaut werden. Die jährliche Zahl der Hochschulstipendien soll von 90 auf 180 verdoppelt werden. Gleichzeitig muss die Primar- und Mittelstufenschulung verbessert werden, um mit den Fortschritten in den Gastländern Schritt halten zu können.

Es fehlen zwei Millionen Dollar

Dieses im Vergleich zur Gesamtzahl der jugendlichen Flüchtlinge sehr bescheidene Dreijahresprogramm kostet rund 16 Millionen Dollar, wovon erst vier Millionen durch Beiträge des Weltflüchtlingsjahres gedeckt sind. Dr. Davis hofft, dass die Regierungen bereit sein werden, weitere zehn Millionen zusätzlich aufzubringen. Somit verbleibt noch ein Defizit von zwei Millionen Dollar für die Jahre 1962 und 1963. Dieser Betrag entspricht 2 000 Studienstipendien im Werte von je 500 Dollar. Die UNRWA bittet besonders die skandinavischen Länder und die Schweiz, in Rahmen ihrer Budgets für technische Hilfe für diesen Stipendienfonds aufzukommen.

Einzig eine gute Fachbildung kann einige zehntausend Jugendliche davon bewahren, als Abfälle der Politik in Verbitterung und Resignation zu verfallen - ein Schicksal, für das sie nicht verantwortlich sind.

Vor einen neuen Mittelmeerpakt?

von + + +

Der bevorstehende Friede in Algerien befreit Frankreich nicht nur vom Pesthauch eines Krieges, der jahrelang das politische Denken und Handeln einer Nation fast völlig absorbierte. Paris wird künftig die Zeit und die notwendige Ellenbogenfreiheit haben, um sich stärker in die internationale Politik einzuschalten.

In diesem Zusammenhang rückt immer mehr ein Planentwurf, den de Gaulle für einen neuen Mittelmeerpakt, der die Anliegerstaaten zu beiden Seiten des Mittelmeeres umfassen soll, in der Schublade hat. Man mag diese Gedanken als Illusion oder Traum der französischen Außenpolitik abtun. In die Wirklichkeit übersetzt enthält er nicht weniger als die Absicht, dass in einem solchen "Bündnis" das unabhängige Algerien ebenso wie Spanien ausserhalb der N A T O in einem Verteidigungspakt verbunden werden könnten, zu dem eventuell - durch ihre zentrale Lage bedingt - neben Frankreich auch Italien und Griechenland gehören würden. Die Wohlwolle Fühlungnahme und das erste Abtasten fand beim Besuch De Gaulles 1959 in Rom und bei der Visite des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis im Sommer 1960 in Paris statt.

Einige Ziele der noch theoretischen Zweckgemeinschaft sind einsichtig. Spanien, das nicht Mitglied der N A T O ist, würde über diesen Umweg in den Genuss der indirekten Partnerschaft mit der atlantischen Gemeinschaft gelangen. Paris dürfte jedoch auch die taktische und politische Bedeutung eines Zusammengehens von Tunis, Marokko und dem neuen Algerien anpeilen. Platonisch dürften die Gedankengänge des Quai d'Orsay allerdings nicht sein, dafür ist ein westlicher Einfluss auf die Benutzung der strategisch wichtigsten Basen genannter Länder für die westliche Verteidigung viel zu entscheidend; man denke nur an die Flottenstützpunkte Mers-el-Kebir (Algerien) und Biserta (Tunesien).

Psychologische Geschehnisse verbirgt sich hinter all dem wohl auch die Frage des französischen Prestiges. Die französische Politik möchte ganz offensichtlich Paris zum Ausgangspunkt und Grundstein einer Entwicklung machen, die eine engere militärische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Küstenmächte des Mittelmeeres anstrebt.

Zwischen dem spanischen General Augustinus Minos Grandes und dem französischen Delegierten Jean Jacques Nouret fanden bereits die ersten Vorbesprechungen statt. Sie bezweckten zunächst eine Koordinierung der französischen und spanischen Schritte in Nordafrika und steckten den

16. März 1962

Rahmen ab für ein späteres Zusammengehen innerhalb des Mittelmeerpaktes. Der Putsch in Algerien im April 1961 und die Asylgewährung Madrids an die revoltierenden Generäle liessen das Verhandlungsklima abkühlen und sogar auf den Nullpunkt sinken. Die Chancen des Planes wurden dann durch den Biserta-Konflikt im vergangenen Jahr noch weiter verschlechtert. Die Reaktion der Regierung Marokkos auf die französischen Maßnahmen demonstrierte unmissverständlich, dass es noch lange dauern dürfte, bis alle Voraussetzungen zur Schaffung eines solchen Bündnisses gegeben sind.

Auch Staatspräsident De Gaulle dürfte inzwischen eingesehen haben, dass die nordafrikanischen Staaten nicht ohne weiteres gewillt sind, den Franzosen die erste Geige in einem Konzert zu überlassen, dessen Harmoniegrundlage vage scheint. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit scheint es wahrscheinlicher, dass wenigstens die nordafrikanischen Partner dem neutralistischen Kurs des ägyptischen Vorbildes zuneigen. Allerdings wird man erst einige Zeit vergehen lassen müssen, bis die Wunden des Algerienkrieges verharscht sind, um alle Möglichkeiten konkret abwägen zu können. Neben allen pessimistischen Prognosen existiert auch das Faktum, dass die Vertreter der algerischen Exilregierung - aus welchen Motiven auch immer - Frankreich ein Benutzungsrecht der Base von Mers-el-Kebir zugestanden.

Ungeachtet des Schicksals, das dieser Plan nach den Friedensverhandlungen mit Algerien haben wird, bleibt die Wurzel, aus der er erwuchs: das Bestreben Frankreichs, sich eine Vormachstellung im Mittelmeerraum zu sichern. Sollte die "Großausgabe" des Planes scheitern, bleibt immer noch die Möglichkeit, den Plan mit einem kontinentalen Schwerpunkt im östlichen Mittelmeer zu verwirklichen. Die neueste Entwicklung in Italien mit ihrer - noch leiser - aussenpolitischen Emanzipierungsuntertönen wird Paris eher zu einer Akzentverschiebung - oder Vorsteifung? - seiner bisherigen Politik ermutigen. In gewisser Hinsicht besteht sogar eine politische Notwendigkeit für die französische Initiative, die das Vakuum, das durch das Erlöschen des Bagdadpaktes entstanden ist, wieder aufzufüllen.